

Leben und arbeiten in der Schweiz

Die Personenfreizügigkeit soll auf die zehn neuen EU-Oststaaten ausgedehnt werden. Mit welchen Folgen für die Schweiz ist zu rechnen?

Werde ich richtig informiert?

● Trifft es zu, dass bei einem Nein die Wirtschaftsverbindungen zwischen der Schweiz und den EU-Ländern gefährdet und Arbeitsplätze in der Schweiz verloren gehen?

Nein, denn die guten Wirtschaftsverbindungen haben nichts mit den neuen osteuropäischen EU-Staaten zu tun und die Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer berühren den Handel zwischen den einzelnen Staaten nicht.

● Trifft es zu, dass die Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer unsere Arbeitsplätze sichert und das Wirtschaftswachstum fördert?

Nein, denn die Schweiz hat schon heute 268'667 Arbeitslose (Arbeitslosenstatistik gem. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO Ende 2004, mit 5-Jahreskumulativ der Ausgesteuerten) **und in vielen Betrieben wird im Zuge des Personalabbaus**

zwecks Gewinnmaximierung den Mitarbeitern immer noch gekündigt. Unrühmlichstes Beispiel dafür ist die Schweizerische Post. **Wenn die Einwanderung Arbeitsplätze sichern würde, hätte Deutschland nicht 4,77 Mio. Arbeitslose und 6,74 Mio. Arbeitssuchende** (Stand Juli 2005). Karin Distler, Präsidentin des interregionalen Gewerkschaftsrats Dreiländereck sagt: **«Wir erleben seit dem 1. Mai 2004 einen Verdrängungswettbewerb von Arbeitnehmern aus den Beitrittsländern zu Lasten der Beschäftigung in Deutschland»** (Basler Zeitung 19.8.05, S. 13). Tatsächlich kommen aus Deutschland, wo inzwischen 1,6 Mio. Osteuropäer arbeiten, monatlich Hunderte in die Schweiz. Um die Arbeitslosigkeit zu exportieren hat Deutschland unter dem Titel

«Leben und arbeiten in der Schweiz» Beratungsbüros eingerichtet. Parallel zu dieser Entwicklung ist in der Schweiz seit 1. Juni 2005 der Inländervorrang für Arbeitssuchende aufgehoben und immer mehr Bewerber aus den EU-Staaten stehen mit Schweizern in Konkurrenz.

Während in der alten EU 15 Millionen Menschen oder 8,8 Prozent ohne Arbeit sind, bringen es die neuen EU-Oststaaten auf 4,8 Millionen Arbeitslose. Das sind beachtliche 15 Prozent, in einigen Regionen bis zu 20 Prozent. (Stand: August 2005.) Das Freizügigkeitsabkommen öffnet nun all diesen 19,8 Millionen Arbeitslosen den Schweizer Arbeitsmarkt. Aber auch die schlecht bezahlten unter den 475 Millionen EU-Ausländern – Stundenlöhne zwischen zwei und drei Euro sind keine Ausnahme – zieht es in die Schweiz. Für osteuropäische Ar-

beitnehmer, die zuvor schon in Deutschland gearbeitet haben, gelten zudem die Schutzklauseln nicht. Die Billiganbieter werden nur die preisgünstigsten unserer Wohnungen zahlen können oder gezwungen sein, sich in Baracken einzuquartieren. Schweizer werden arbeitslos. Allein die teuren Wohnungen und andere Verpflichtungen laufen für Schweizer wie bisher weiter, bis sie nicht mehr zahlen können und von den Fürsorgeämtern abhängig werden.

● Besteht die Gefahr, dass unsere Sozialwerke durch die Personenfreizügigkeit unter Druck geraten?

Diese Gefahr ist tatsächlich gross, denn nicht nur jeder hier lebende Ausländer muss versichert sein und Prämien zahlen, sondern auch ihre Ehepartner und Kinder sind zu versichern. Alle haben Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen:

Arbeitslosengeld, Invalidenrente, Krankentaggeld, Ergänzungsleistungen. Jeder ist sofort nach Schweizer Standard obligatorisch krankenversichert, ebenso alle ihre Familienangehörigen in der Heimat. **Falls Ausländer in der Schweiz arbeitslos werden, müssten ihre Versicherungsbeiträge, auch für ihre im Ausland wohnenden Angehörigen, von unserer Fürsorge bezahlt werden. Übergangsfristen gelten nur für die Arbeitslosenversicherung, und zwar einerlei ob der Ausländer zwölf Monate lang Beiträge in der Heimat oder in der Schweiz bezahlt hat.**

● Sind flankierende Massnahmen ein genügender Schutz für Schweizer Arbeitnehmer?

Nein, die «flankierenden Massnahmen» gegen Sozial- und Lohndumping werden keine

Wirkung zeigen wie heute schon die Massnahmen gegen Schwarzarbeit in der Schweiz wenig Erfolg haben. Mit Einmann-Betrieben, «Ich-AGs» und Schwarzarbeit werden sie mühelos unterlaufen. **Offenbar sollen mit den von den Befürwortern geltend gemachten Schutzklauseln die gutgläubigen Stimmbürger, ohne die Folgen für sich selbst zu überdenken, zu einem unbedachten Ja bewegt werden.**

● Ist die schrittweise Öffnung des Arbeitsmarktes für Schweizerinnen und Schweizer eine gute Lösung?

Nein, es spielt keine Rolle, ob die Schweiz 2007, 2011 oder erst 2014 ruiniert wird und die für den Arbeitsmarkt bisher so wertvollen Lenkungsmöglichkeiten verliert.

● Warum wird nicht über die sozialen Folgen, welche die Personenfreizügigkeit mit sich bringt, diskutiert?

MAMA,



warum hat Papa keine Arbeit mehr?

Argumentationsnotstand beim St. Galler Tagblatt:

«Salzkorn»

«Mama, warum hat Papa keine Arbeit mehr?», fragt auf einem Abstimmungsinserat ein Kind, das verzweifelt die Hände vor die Augen hält (Seite 26 dieser Ausgabe). Die Antwort gibt dann allerdings nicht Mama, sondern ein «Presseclub Schweiz» mit einer Basler Postfachadresse. Diese entpuppt sich nach kurzer Recherche als rechtsextemes Minigrüppchen, das die üble Zeitschrift «Recht und Freiheit» herausgibt.

Das Strickmuster des Pamphlets gegen die Personenfreizügigkeits-Vorlage unterscheidet sich kaum vom Argumentarium, das etwas weniger weit rechts verwendet wird: Man winkt mit gegenwärtigen – echten oder vermeintlichen – Missständen wie der Arbeitslosigkeit – und gibt die Schuld daran politischen Entscheidungen, die noch nicht einmal gefasst sind, geschweige denn sich heute schon auswirken können.

Wenn unser Kind nicht auf den Kopf gefallen ist, kann es also nur antworten: «Mama, glaubst du eigentlich, ich sei blöd?»

Chefredaktor: G. F. Höpli
Büro: 071/388.99.66
Privat: 071/244.58.43

Basel, 31. August 2005

An die Verlagsdirektion
Sehr geehrte Herren

Im St. Galler Tagblatt vom 27. August 2005 erschien auf Seite 26 unsere Anzeige «Leben und arbeiten in der Schweiz», ein kritischer Bericht zur kommenden Volksabstimmung über die Personenfreizügigkeit.

In derselben Ausgabe Ihrer Zeitung fällt ein Journalist mit den Kennzeichen G. F. H. mit an Ehrverletzung grenzenden Attacken über unseren Anzeigentext her. Der eklatante Kontrast zwischen seiner üblen Beschimpfung und unserem Inserat ist nicht zu übersehen.

Aus Sichtweise Ihres G. F. H. ist Arbeitslosigkeit bloss ein «vermeintlicher» Missstand und an den 268 Tausend Arbeitslosen der Schweiz und den 19,8 Millionen der EU-Staaten sind nicht etwa politische Fehlentscheide, sondern dann halt eben die Arbeitslosen selbst schuld. Wie die erweiterte Personenfreizügigkeit unsere heute schon von Personalabbau immer öfter bedrohten Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern vermögen, vermag der Redaktor nicht zu erklären. Seine persönliche Meinung sei ihm unbenommen, doch hat er seine schroff kundenfeindliche Einstellung nicht in die Öffentlichkeit zu tragen. Offensichtlich liegt ihm weniger an seriösem Journalismus denn an Verleumdung.

Die Anzeige in Ihrer Zeitung hat uns excl. MWSt. 8'566 Franken gekostet, die wir zum voraus beglichen haben. Es würde uns daher interessieren, ob Sie es zulassen, dass ein Mitarbeiter Ihrer Redaktion mit der von ihm an den Tag gelegten Niedertracht die Kundschaft Ihrer Zeitung beschimpfen darf oder mit welchen Konsequenzen dieser von Inserateneinnahmen bezahlte Mitarbeiter zu rechnen hat?

Gerne erwarten wir Ihre umgehende Benachrichtigung.

Mit freundlichen Grüssen

Presseclub Schweiz
Ernst Indlekofer

Presseclub Schweiz, Postfach 105, 4008 Basel – Spendenkonto PC 40-167 172-7

Diese Anzeige erschien bisher in folgenden Tageszeitungen:

Basler Zeitung
am 27.8.2005
Bund 1, Seite 4
8 Spalten, 340 mm
Auflage: 100'000

St. Galler Tagblatt (Ges.-Ausgabe)
am 27.8.2005
Bund 3, Seite 26
7 Spalten, 388 mm
Auflage: 108'000

Tages-Anzeiger (Zürich)
am 3.9.2005
Bund 2, S. 16
8 Spalten, 340 mm
Auflage: 236'000

IMPRESSUM der Clubzeitung:
Herausgeber: **Presseclub Schweiz**,
Postfach, 4008 Basel
Verlag/Redaktion: E. Indlekofer
Jahresabonnement: Fr. 24.–

Ost-Personenfreizügigkeit gefährdet unsere Arbeitsplätze, denn jeder hat das Recht auf Zuwanderung in die Schweiz!

MAMA,



warum hat Papa
keine Arbeit mehr?

Unsere Handelsverträge mit der EU wurden per 1.5.04 auf die 10 neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt, wobei der Bundesrat als Gegenleistung dafür eine Milliarde Schweizer Franken in den Kohäsionsfonds der EU beisteuert.

- Der bilaterale Weg wird daher von einem Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit nicht berührt.
- Unsere Wirtschaftsverbindungen mit den EU-Ländern haben daher nichts mit der Ost-Zuwanderung zu tun.
- Die Einwanderung ausl. Arbeitnehmer aus Tieflohnländern verdrängt Schweizer von ihren Arbeitsplätzen.

In Deutschland, wo seit Öffnung der Ostgrenzen 1,6 Mio. Ost-Europäer arbeiten, herrscht ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Beschäftigten in Deutschland, sagt die Präsidentin des interregionalen Gewerkschaftsrats Dreiländereck (*Basler Zeitung* 19.8.05, S. 13). Chaotische Zustände haben die Zahl der Arbeitssuchenden auf 6,7 Mio. erhöht. Schon heute reisen aus Deutschland täglich rund 120 Arbeitskräfte in die Schweiz ein. Gegen Billiganbieter aus dem Osten bleiben «teure» Schweizer Arbeitskräfte auf der Strecke. Ein Ja würde unsere Sozialwerke aushöhlen und die Beitragszahlungen müssten erhöht werden.

Unkontrollierte Ost-Zuwanderung **NEIN**

Presseclub Schweiz, Postfach 105, 4008 Basel – Spendenkonto PC 40-167 172-7

Dieses Inserat ist für folgende Tageszeitungen in Auftrag gegeben:

Aargauer Zeitung
bestellt für
10.9.2005
Bund 1, Inland
10 Spalten, 137 mm
Auflage: 129'700

Solothurner Zeitung
bestellt für
10.9.2005
Bund 1, Inland
10 Spalten, 137 mm
Auflage: 42'000

Weitere Inserate
je nach Geldeingang
und Plazierungsmöglichkeit

RECHT+FREIHEIT

– Für die Zukunft der Schweiz –
seit 1995

Mehr über die Personenfreizügigkeit
finden Sie auf unserer Heimseite
www.ruf-ch.org

September 2005

Und am 21. September erschien mit neuem Text im «Bülacher Tagblatt» noch einmal eine Auflage von 34'380 Exemplaren!

(Diese Anzeige erschien nicht in RECHT+FREIHEIT)

Mit Millionen von Franken versucht das anonyme Grosskapital die Ost-Personenfreizügigkeit zu erzwingen!

MAMA,



warum hat Papa
keine Arbeit mehr?

- Mit Abermillionen wurde Österreich 1994 in die EU hineingelogen. Alles, was man dem Volk versprochen hatte ist nicht eingetroffen. 85% der Österreicher möchten heute bei der EU austreten. Unser BR will hinein!
- Die Befürworter der Ost-Personenfreizügigkeit befehligen sich mit bisher nie dagewesener Hetze gegen die Nein-Sager und schrecken selbst vor Lügen nicht zurück. Alt BR Ruth Dreifuss drohte gar, ein Nein gefährde die AHV. War nicht sie es, die uns mit der Krankenkassenreform billige Versicherungsprämien versprach?
- Im Bundesbüchlein fehlt der Text des Abkommens, es wird nur in einer Anmerkung darauf hingewiesen, dass man den Text im Bundesblatt nachlesen könne (das niemand zuhause hat). Dem Stimmbürger wird zugemutet über etwas abzustimmen, dessen Wortlaut ihm vorenthalten wird. Die Lügner haben daher einfaches Spiel.
- Im EDA kann über das Abkommen eine 88seitige Broschüre bezogen werden. In dieser findet man alle Nein-Argumente wörtlich bestätigt. Für diese wichtige Schrift verlangt das EDA zur Abschreckung 12 Franken.
- In Deutschland, wo seit Öffnung der Ostgrenzen 1,6 Mio. Ost-Europäer arbeiten, herrscht ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Beschäftigten in Deutschland, sagt die Präsidentin des interregionalen Gewerkschaftsrats Dreiländereck (*Basler Zeitung* 19.8.05, S. 13).

Unkontrollierte Ost-Zuwanderung **NEIN**

Presseclub Schweiz, Postfach 105, 4008 Basel – Spendenkonto PC 40-167 172-7 – www.ruf-ch.org